

13.03.12

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von MRSA-Infektionen

Das Bundesministerium für Gesundheit hat mit Schreiben vom 9. März 2012 zu der oben genannten Entschließung des Bundesrates Folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) auf eine Regelung zur bundeseinheitlichen GKV-Kostenerstattung für Screeninguntersuchungen auf MRSA und weitere multiresistente Erreger sowie für notwendige Sanierungsmaßnahmen hinzuwirken. Das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze, das am 28. Juli 2011 in Kraft getreten ist, sieht eine zunächst befristete Vergütungsregelung (§ 87 SGB V) für notwendige Sanierungsmaßnahmen sowie für diagnostische Untersuchungen auf MRSA bei Risikopatientinnen und -patienten mit Krankheitsverdacht gemäß den KRINKO-Empfehlungen vor.

Für die vom Bundesrat außerdem geforderte Einrichtung der Kommission Antiinfektiva, Resistenz und Therapie am Robert Koch-Institut wurde mit dem Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Kommissionsmitglieder werden derzeit berufen.

Die Forderung des Bundesrates nach einer Anschubfinanzierung für den flächendeckenden Ausbau regionaler MRSA-Netzwerke aller Akteure unter Koordination des GD durch das BMG lehnt die Bundesregierung ab. Die Anschubfinanzierung regionaler Netzwerke fällt nicht in Bundeskompetenz.